Niederschrift

über die 2. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Friedrichstadt am 29.06.2023 im Sitzungssaal des Rathauses Friedrichstadt.

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:00 Uhr

Anwesend:
stimmberechtigt:

Bürgermeister	Tobias Tietgen
Stadtverordnete	Malou Corinth
Stadtverordneter	Uwe Eisenmann
Stadtverordnete	Jana Gasch
Stadtverordnete	Bärbel Hammer
Stadtverordneter	Bernd-Roland Hündorf
Stadtverordneter	Björn Jensen
Stadtverordneter	Jan Kratochvil
Stadtverordneter	Fritz Nicolaisen
Stadtverordneter	Andreas Pruns
Stadtverordneter	Walter Reimers
Stadtverordneter	Heiko Schönhoff
Stadtverordnete	Sonja Schönhoff
Stadtverordnete	Doreen Stümpel
Stadtverordneter	Bastian Winkelmann
Stadtverordnete	Sonja Wulff

Entschuldigt fehlt:

Stadtverordneter	Jessica Pooch

Außerdem sind anwesend:

Öffentlich

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch den Bürgermeister und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
2.a. Dringlichkeitsanträge
2.b. Beschlussfassung über die eventuelle Nicht-Öffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über die 1. Sitzung am 08.06.2023
4. Beratung und Beschlussfassung über die kurzfristige Aufnahme des ehemaligen zusätzlichen Grundstückes des Zollhauses in die aktuelle Vermarktung
5. Beschlussfassung über die Gültigkeit der Wahl

Nicht öffentlich

6.a-b Personalangelegenheiten
7.a-d Grundstücksangelegenheiten

Öffentlich

8. Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung
9. Einwohnerfragestunde
10. Bericht des Bürgermeisters
11. Bericht der Ausschüsse und Delegierten

12. Anfragen der Stadtverordneten
13. Wahl eines Stellvertreters für die Gremien der AktivRegion südliches Nordfriesland
14. Beratung und Beschlussfassung über die Beauftragung eines Unternehmens zur Entwicklung eines Stadtmodells im Rahmen einer Förderung über das Regionalbudget der Aktivregion Südliches Nordfriesland
15. Beratung und Beschlussfassung über die finanzielle Unterstützung des Stapelholmer Heimatbundes (hier: Realisierung eines Kochbuchs)

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch den Bürgermeister und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Tietgen eröffnet die zweite – anlassbezogene – Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Friedrichstadt und begrüßt alle Anwesenden recht herzlich, insbesondere Herrn Boye Hach als Fachaufsicht des Kreises Nordfriesland für den Bereich Brandschutz und Frau Kristina Thomsen – Kristina Thomsen Kompetenztraining; Großenwiehe - als seitens der Stadt Friedrichstadt für den Bereich Pflichtfeuerwehr beauftragte Beraterin.

Frau Stadtverordnete Jessica Pooch (SPD) fehlt entschuldigt. Bürgermeister Tietgen stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Feststellung der Tagesordnung

Es wird moniert, dass die Einwohner*innen bzw. Zuhörer*innen die Sitzung zwischenzeitlich verlassen müssen; zumal man Ihnen nur ein grobes Zeitfenster für die Dauer des nicht-öffentlichen Teils nennen kann.
Nicht-öffentliche Punkte müssten am Ende der Sitzung verortet bleiben, damit dies nicht passiere.
Die Verwaltung teilt daraufhin wie folgt mit, dass es bislang immer Usus war, die TOPs mit Gästen vorzuziehen, damit diese nicht an der gesamten Sitzung teilnehmen müssen; insbesondere, wenn diese noch einen längeren Heimweg haben. Zumal war auf der Tagesordnung vermerkt, dass die beiden betroffenen TOPs voraussichtlich nicht öffentlich behandelt werden würden. Des Weiteren könnten z.B. die vorgelagerten Standard-TOPs nicht einfach versetzt werden, da sie in der entsprechenden Reihenfolge erfolgen müssten.
Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, der Verwaltung ein künftiges Vorgehen vorzugeben.

2.a. Dringlichkeitsanträge

Bürgermeister Tietgen bringt den Antrag der SPD-Fraktion sowie SSW-Fraktion vor. Dieser beinhaltet, dass das Zollhaus keine Interessenten findet, da eine Neuvermessung stattgefunden hatte und ein früherer Teil des Grundstücks der öffentlichen Parkplatzplanung zugesprochen worden ist. Insbesondere auf den maroden Zustand und die für die hoch verschuldete Stadt daraus derzeit hervorgehenden Instandhaltungskosten (Gefahrenabwehr – hier insb. das marode Dach), sollte noch vor der Sommerpause eine Entscheidung darüber getroffen werden, ob man das Zollhaus zwecks schnellerer Vermarktung nicht mit der ehemals dazugehörigen Fläche anbieten solle.
Er bittet stellvertretend für beide Fraktionen um Aufnahme des Tagesordnungspunktes *Beratung und Beschlussfassung über die Aufnahme des ehemaligen Grundstückes des Zollhauses in dessen Vermarktungsumfang*. Er schlägt vor, dies unter TOP 4 zu behandeln und die nachfolgenden Punkte entsprechend zu verschieben.

Diese Änderung wird einstimmig beschlossen.

Ferner ist der Tagesordnungspunkt Beschlussfassung über die Gültigkeit der Wahl aufnzunehmen. Aufgrund der anlassbezogenen Sitzung, die derart kurzfristig auf die konst. Sitzung folgt, war dies leider versäumt worden. Es wird vorgeschlagen, dies unter TOP 5 zu behandeln und die nachfolgenden Punkte entsprechend zu verschieben.

Diese Änderung wird einstimmig beschlossen.

2.b. Beschlussfassung über die eventuelle Nicht-Öffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

Wie in der Einladung schon vorsorglich angemerkt, sollen die Tagesordnungspunkte *alt 4 / neu 6 Personalangelegenheiten* und *alt 5 / neu 7 Grundstücksangelegenheiten* unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten und beschlossen werden. Hintergrund ist das Vorliegen personenbezogener Daten im Rahmen dieser Beratungen.

Es wird beschlossen wie o.g. vorzugehen.

3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über die 1. Sitzung am 08.06.2023

Frau Postel bittet um Entschuldigung. Aber da sie sich aktuell noch im Hamburger Modell befindet und ihre Stunden zeitlich reduziert sind, konnte sie die Niederschrift aufgrund der Kürze des Zeitraumes zwischen den Sitzungen nicht abschließend fertigstellen. Der Tagesordnungspunkt muss vertagt werden.

4. Beratung und Beschlussfassung über die kurzfristige Aufnahme des ehemaligen zusätzlichen Grundstückes des Zollhauses in die aktuelle Vermarktung

Es wird eine größere Möglichkeit darin gesehen, dass Zollhaus, welches aufgrund seiner Baufälligkeit und der denkmalschutzrechtlichen Vorgaben ohnehin ein schwierig zu vermarktendes Objekt darstellt, mit dem ehemals dazugehörigen Grundstück zu vermarkten.

Dieses Vorgehen wird einstimmig beschlossen.

5. Beschlussfassung über die Gültigkeit der Wahl

Der Wahlprüfungsausschuss hat am 29.06.2023 getagt. Der Wahlprüfungsausschuss schlägt der Stadtverordnetenversammlung vor, wie folgt über das Wahlergebnis zu beschließen:

1. Alle Vertreter*innen waren wählbar.
2. Bei der Vorbereitung der Wahl oder bei der Wahlhandlung sind keine Unregelmäßigkeiten vorgekommen, die das Wahlergebnis oder die Verteilung aus den Listen im Einzelfall hätten beeinflussen können.
3. Die Feststellung des Wahlergebnisses ist richtig.

Da keine der unter Nr. 1-3 genannten Fälle Anlass zu Beanstandungen gab, wird vorgeschlagen, die Wahl für gültig zu erklären.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Friedrichstadt fasst auf Anraten des Wahlprüfungsausschusses einstimmig den Beschluss, die Wahl für gültig zu erklären.

Ende öffentlich

Nicht öffentlich

6.a-b Personalangelegenheiten
7.a-d Grundstücksangelegenheiten

Ende nicht öffentlich

Öffentlich

8. Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung

Folgende Beschlüsse wurden gefasst:
(Hinweis: Diese können nur benannt bzw. bekanntgegeben werden, solange dadurch kein Rückschluss auf personenbezogene Daten (Eigentumsverhältnisse, u.a.) möglich ist (Datenschutz).

Zu 6. Personalangelegenheiten:
- Es wurde über Brandschutzangelegenheiten beraten und eine Vollzeitstelle zur Betreuung der Pflichtfeuerwehr geschaffen (u.a. Mitgliederwerbung).
- Es wurde die Anschaffung des im Haushalt 2023 vorgesehenen E-Lastenbikes für den Bauhof, trotz Kostensteigerung, beschlossen, da eine Förderung möglich ist.

Zu 7. Grundstücksangelegenheiten:
- Es wurde über Bauvorhaben Privater beraten und beschlossen.

9. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

10. Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister Tobias Tietgen berichtet wie folgt:
Gespräch mit der Kommunalaufsicht des Kreises Nordfriesland – Anlass: Haushaltsgenehmigung 2023 (bislang noch ausstehend). Das Gespräch sei sehr offen und positiv verlaufen.
Die Stadt wolle und müsse zur Entlastung des Haushaltes Projekte schieben. So u.a. die Erweiterung des B-Plan 15 und den Schulan- und Erweiterungsbau (Gemeinschaftsschule).
Ferner wurde angeregt, dass die Stadt künftige Zukunftsplanungen in den Vorbericht aufnehmen möge.

11. Bericht der Ausschüsse und Delegierten

Es liegen keine Berichte vor.

12. Anfragen der Stadtverordneten

Es wird sich nach den gesteigerten Verkehrsregelungsmaßnahmen erkundigt, die im Rahmen der Rosenträume erfolgt sind. Das Ordnungsamt wird gebeten, diese auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen.

13. Wahl eines Stellvertreters für die Gremien der AktivRegion südliches Nordfriesland

Es wird Uwe Eisenmann (CDU) vorgeschlagen und bei eigener Enthaltung gewählt.

14. Beratung und Beschlussfassung über die Beauftragung eines Unternehmens zur Entwicklung eines Stadtmodells im Rahmen einer Förderung über das Regionalbudget der Aktivregion Südliches Nordfriesland

Die Unterlagen liegen allen vor. Der bisherige, mit der zuständigen Denkmalschutzbehörde abgestimmte Standort auf dem Stadtfeld kommt aus Sicht der Stadt nicht mehr in Frage, da das Modell im Rahmen der Barrierefreiheit auch für blinde bzw. sichteingeschränkte Personen gedacht ist. Dem Ertasten des Modells würde dann entgegenstehen, dass der Standort sehr Krähen lastig ist (Krähenkot).
Nunmehr wird zusammen mit dem Denkmalschutz ein neuer Standort gesucht. Aufgrund der Förderung ist jedoch unabhängig davon ein Beschluss erforderlich (Fristen). Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig die Beauftragung.

15. Beratung und Beschlussfassung über die finanzielle Unterstützung des Stapelholmer Heimatbundes (hier: Realisierung eines Kochbuchs)

Es geht um eine Kostenbeteiligung in Höhe von 200 Euro. Es handelt sich ein Kochbuch, in dem alle beteiligten Gemeinden die Möglichkeit haben, sich vorzustellen.
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig, den Zuschuss zu gewähren und bittet die Amtsverwaltung um weitere Veranlassung.